- Beschlüßvorlage
 Berichtsvorlage
 öffentliche Sitzung
 nicht-öffentliche Sitzung

Beratungsfolge:

Datum:

☒ Fachausschuß	<u>Ordnung und Sicherheit</u>	<u>28.11.02</u>
☒ Fachausschuß	<u>Haushalts- und Finanzausschuss</u>	<u>27.11.02</u>
☒ Kreisausschuß		<u>03.12.02</u>
☒ Kreistag		<u>11.12.02</u>

Inhalt:

Bau einer Rettungswache in Gerswalde

Wenn Kosten entstehen:

Kosten 250.000 €	Haushaltsstelle 16000.93200 16000.96012	Haushaltsjahr 2003	☒ Mittel stehen zur Verfügung
☐ Mittel stehen nicht zur Verfügung	Deckungsvorschlag:		
☐ Mittel stehen nur in folgender Höhe zur Verfügung:			

Beschlußvorschlag:

Der Kreistag beschliesst den Bau einer Rettungswache in Gerswalde.

zuständiges Amt:

Ordnungsamt Frau Reinhold i.A. Reinhold Klemens Schmitz
 Amtsleiter Dezernent Landrat

abgestimmt mit:

Amt	Name	Unterschrift
Kämmerei	Herr Förster	
Hoch- und Tiefbauamt	Herr Czerwinsky	

Beratungsergebnis:

Kreistag/ Ausschuß	Datum	Stimmen		Stimm- enthaltung	Einstimmig	Lt. Beschluß- vorschlag	Abweichender Beschuß (s.beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein				
Ordnung u. Sicherheit	28.11.02						
Haushalts- u.Finanz- ausschuss	27.11.02						
Kreisausschuss	03.12.02						
Kreistag	11.12.02						

Begründung für den Bau einer RW in Gerswalde

Im § 1 Abs. 2 des BbgRettG vom 08.05.1992 ist definiert, dass es Aufgabe des Rettungsdienstes ist, die bedarfsgerechte und flächendeckende Notfallrettung zu gewährleisten. Statistische Größe für die flächendeckende Notfallrettung ist die Hilfsfrist (d.h. die Zeit, die vom Eingang des Notrufes in der Leitstelle (Beginn der Disponierung) bis zum Eintreffen des ersten Rettungsmittels am Einsatzort vergeht). Wurde noch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre bei der Planung und Unterhaltung von Rettungswachen die Wirtschaftlichkeit immer wieder in den Vordergrund gestellt, so muss in Anbetracht der Bedeutung der Hilfsfrist in der Notfallrettung ein Umdenken erfolgen. Der Landesrettungsdienstplan gibt im § 7 (1) vor, dass die Hilfsfrist in der Regel nicht mehr als 15 Minuten betragen soll. Zwar beinhaltet die Formulierung „in der Regel“ den s.g. P-95-Wert, d.h. die Hilfsfrist darf nur in 5 % der Fälle überschritten werden, dies bedeutet aber nicht, dass nur mit einer 95%igen Sicherheit geplant werden darf. Das 95%ige Sicherheitsniveau sagt aus, dass in Duplizitätsfällen, bei schlechten Wetterbedingungen o.ä. Situationen in 5 % der Fälle im Versorgungsbereich eine Hilfsfristüberschreitung im Bemessungszeitraum zulässig ist.

Für den Landkreis Uckermark, als flächenmäßig größten Kreis der Bundesrepublik, ergibt sich aus der Jahresstatistik 2001 ein Anteil der Notfalleinsätze mit einer Hilfsfrist von mehr als 15 Min. von 10,12 %. Die schematische Zuordnung von Kreisgebieten zu den einzelnen Rettungswachen lässt erkennen, dass es Bereiche gibt, in denen die Hilfsfrist allein von der Lage her über 15 Min. beträgt.

Bei einer Bevölkerungsdichte von 25 Einwohnern / km² im ländlichen Bereich würde die Umsetzung der Forderung nach planerischer Einhaltung der Hilfsfrist die Einrichtung von mindestens drei neuen Rettungswachen bedeuten. Auch dann wäre noch nicht garantiert, dass jede Ansiedlung innerhalb der geforderten Zeit erreicht wird.

Die Untersuchungen zur Verbesserung der Hilfsfristen konzentrierten sich deshalb auf den Bereich, in dem die meisten Überschreitungen zu verzeichnen sind. Die Einsatzauswertungen belegen, dass es sich dabei eindeutig um den Raum Gerswalde handelt. Die Rettungswache Boitzenburg, die den überwiegenden Teil der Einsätze in dieses Gebiet fährt, hat deshalb auch eine HF-Überschreitung von über 30 %. Eine Verlegung der Rettungswache Boitzenburg nach Haßleben hätte zur Folge, dass zwar Gerswalde innerhalb der 15 Min. zu erreichen ist, dafür aber Orte westlich von Boitzenburg unterversorgt wären. Ein Vergleich der betroffenen Bevölkerung zeigt, dass sich das Verhältnis sogar geringfügig verschlechtert.

Um eine Lösung für dieses Gebiet zu schaffen, wird deshalb die Errichtung einer zusätzlichen Rettungswache in Gerswalde erforderlich.

Das Gebiet dieser Rettungswache wird die Notfallversorgung für ca. 4.900 Bewohner auf einer Fläche von 260 km² absichern. Auf der Grundlage der Statistik 2001 ist mit ca. 200 Notfalleinsätzen im Jahr zu rechnen (einschließlich Fehl- und sonstiger Fahrten). Die Einsatzfrequenz zeigt, dass ca. 28 % aller Einsätze im Zeitraum von 20:00 – 06:00 Uhr erfolgten. Deshalb wird auch die Besetzung über 24 Std. als notwendig angesehen.

Für den Bau und die Einrichtung der Rettungswache (einschließlich Fahrzeug mit kompletter Ausstattung) ist mit folgenden Kosten zu rechnen:

Erwerb Grund und Boden in Gerswalde (1000 m ² , a. 13 €) :	13.000	€
Bau der Rettungswache und Verkehrsflächen :	225.000	€
Rettungswachenausstattung :	15.000	€
Fahrzeug (RTW) :	75.000	€
Fahrzeugausrüstung :	27.000	€
Gesamtkosten	355.000	€

Auf die Kostensätze wird die Einrichtung und der Betrieb dieser RW jährlich folgende Auswirkungen haben:

RW-Gebäude	225.000 €	Abschreibung jährlich (80 Jahre)	2.815	€
RTW (Fahrzeug)	75.000 €	Abschreibung jährlich (6 Jahre)	12.500	€
Ausrüstung	27.000 €	Abschreibung jährlich (8 Jahre)	3.375	€
kalk. Zinsen für Investitionen		(DWM)	9.810	€
Betriebskosten		(analog RTW Schönermark)	16.000	€
Personal (7 Arbeitskräfte)			250.000	€
sonstige Personal und Betriebskosten (analog RW Schönermark)			10.000	€
jährliche Belastung			305.000	€

Da sich die Anzahl der RTW-Einsätze nicht verändert, ergibt sich daraus eine Erhöhung der Grundpauschale für diese Einsatzart bei angenommenen 6.600 Einsätzen im Jahr um 46,21 €.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt aus dem gebildeten Bestand der Gebührenhaushaltsrücklage Rettungsdienst. Sie beinhaltet u.a. die kalkulatorischen Kosten. Erwirtschaftete kalkulatorische Abschreibungen sind zur Reinvestition für die kostenrechnende Einrichtung Rettungsdienst einzusetzen.

Aus den genannten Gründen sieht der Landkreis Uckermark es als notwendig und wirtschaftlich vertretbar an, in Gerswalde eine zusätzliche Rettungswache zu errichten und diese mit einem RTW über 24 Std. an 365 Tagen im Jahr zu besetzen. Eine Realisierung wird bis Ende 2004 als möglich angesehen, so dass die Kosten erstmals mit der KLR für das Jahr 2005 wirksam werden würden.

Mit der Indienststellung der Rettungswache erfolgt die Überarbeitung des Rettungsdienstbereichsplanes des Landkreises Uckermark, in dem die Anzahl und die Standorte der Rettungswachen zu dokumentieren sind.